

Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgelbte Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigelbte Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung.

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. - Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1989

Nr. 17.

Dienstag, den 21. Januar 1919.

17. Jahrgang

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Der Wahlsonntag in Köslin verlief in absoluter Ruhe. Die Beteiligung war fast 90 Prozent, so daß man sie also als außerordentlich bezeichnen muß. Das Ergebnis der Stadt stand in der ersten Stunde fest. Es erhielten:

- Deutschnationale Volkspartei (Maltewig) 2023.
- Christliche Volkspartei (Dr. Piontel) 188.
- Deutsche Volkspartei (Mittelmann) 1047.
- Deutsche Demokratische Partei (Gotherr) 4217.
- Regierungssozialisten (Körsten) 5835.
- Unabhängige Sozialisten (Vogtherr) 312.

Das Ergebnis stellt eine starke Niederlage der Demokraten dar, die 1500 Stimmen im Verhältnis zu 1912 verloren, während die Sozialdemokratie im gleichen Verhältnis 1000 Stimmen gewann und die Nationalliberalen neu 1000 Stimmen aufbrachten.

Um das Ergebnis würdigen zu können, muß man die Zahlen von 1912 in Gegenstellung bringen, und, da wir eine dreimal so große Wählerzahl hatten, mit drei multiplizieren. Die Stimmen von 1912 mit drei multipliziert, da es eben dreimal soviel Wähler waren, gibt dann die dieser vergleichenden Betrachtung zugrunde liegenden Zahlen.

Vergleichen wir nach diesem System: 1912 erhielten die Konserativen 701 Stimmen, mit drei multipliziert ergibt 2103 Stimmen. Diesmal haben die Deutschnationalen erhalten 2022 und das Zentrum, das damals mit den Konserativen zusammenging, diesmal aber mit den Deutschnationalen verbundene Listen hat, besonders 188 Stimmen. Im ganzen haben also Deutschnationale und Zentrum diesmal 2210 Stimmen erhalten, d. h. also ihre Zahl von 1912 reichlich behauptet. Nun haben aber diesmal im Gegensatz zu 1912 auch die Nationalliberalen eine besondere Kandidatur gehabt. 1912 hat zweifellos ein großer Teil von ihnen für die Konserativen und ein anderer Teil für die Liberalen gestimmt. Diesmal kommen die 1047 nationalliberalen Stimmen (Deutsche Volkspartei), da sie mit der der Deutschnationalen verbunden sind, diesen auch noch indirekt zugute. Wir haben also für die verbundenen Listen Deutschnationale Volkspartei—Deutsche Volkspartei—Christliche Volkspartei im ganzen 3257 Stimmen, gegen 2103 Stimmen 1912, die Konserative und Zentrum mit einem Teil der Nationalliberalen zusammen aufgebracht haben, immerhin ein schöner Gewinn.

Die Liberalen hatten 1912 an Stimmen 1902, mit 3 multipliziert würden sie 5706 Stimmen zu verteidigen gehabt haben. Sie haben erhalten 4217, d. h. ein Minus von 1500 Stimmen. Berücksichtigt man nun schon, daß von den nationalliberalen Stimmen ihnen die Hälfte abgegangen ist, was hintertreiben dürfte, so würde immerhin noch ein Verlust von 1000 Stimmen bei ihnen zu verzeichnen sein.

Diesen Verlust hat nun die Sozialdemokratie genau als Plus zu buchen. Die Demokratie beweist eben, daß sie die Vorfrucht der Sozialdemokratie ist. Die Sozialdemokratie hatte 1912 1554 Stimmen, mit 3 multipliziert, hätte sie 4662 Stimmen zu verteidigen gehabt, sie hat 5947 Stimmen erhalten.

Wahlergebnis aus der Stadt Köslin.

	Dt.-natl.	D. Sp.	Chr.	Dem. P.	M.-S.	U. S.
1. Wahlbez.	153	76	24	233	377	9
2. Wahlbez.	144	100	19	485	428	27
3. Wahlbez.	42	23	10	211	495	27
4. Wahlbez.	124	84	13	305	684	81
5. Wahlbez.	50	17	10	170	572	24
6. Wahlbez.	17	16	6	187	788	42
7. Wahlbez.	422	177	18	219	171	9
8. Wahlbez.	181	132	11	253	307	8
9. Wahlbez.	167	83	9	270	223	25
10. Wahlbez.	98	90	23	233	114	6
11. Wahlbez.	193	91	25	405	214	21
12. Wahlbez.	140	55	2	325	225	20
13. Wahlbez.	129	64	11	517	650	38
14. Wahlbez.	162	59	7	404	391	27
	2022	1047	188	4217	5635	312

Bisheriges Wahlergebnis aus dem Kreise Köslin:

Deutschnationale Volkspartei	2936
Deutsche Volkspartei	1003
Zentrum	8
Demokratische Partei	3177
Mehrheits-Sozialisten	3011
Unabhängige Sozialisten	78

22 Bezirke stehen zurzeit noch aus.

Wahlergebnisse aus der Provinz:

Belgard: Deutschnat. Volkspartei 855, Deutsche Volkspartei 663, Zentrum 12, Demokratische Partei 1534, Mehrh.-Soz. 2219 Stimmen.
Köslin: Deutschnationale Volkspartei 688, Deutsche Volkspartei 492, Demokratische Partei 498, Mehrh.-Soz. 1236 Stimmen.
Stadt Stettin: Vorläufiges Wahlergebnis Deutschnationale Volkspartei 9084, Deutsche Volkspartei 19 578, Demokratische Partei 30 522, Zentrum 282, Mehrh.-Soz. 60 794, Unabh. Soz. 8495 Stimmen.

* * *

Der Wahlkampf in Berlin.

a. Berlin, 20. Januar. Der erste Wahltag im neuen Deutschland ist in Berlin und seinen Vororten ohne wesentliche Störungen vor sich gegangen. Der Andrang zu den einzelnen Wahllokalen war außerordentlich groß, doch wickelte sich das Wahlgeschäft dank der Diszipliniertheit der Wähler in Ruhe und Ordnung ab. Die Sicherheitsmaßnahmen waren umfassend getroffen. Die Straßen wurden von starken militärischen Patrouillen, die zum Teil beritten waren, durchzogen. Außerdem waren in den Abendstunden die Straßenlaternen sämtlich abgeblendet, weil, wie in den Vorjahren, Angriffe von den spartakistischen Dachschützen erwartet wurden; doch wurde die Ruhe nirgendwo gestört. Ein festes Er-

gebnis über die geirten Wahlen liegt bis jetzt noch nicht vor, da die meisten Bezirke ihre Stimmen erst heute zählen. Es steht aber so weit fest, daß 140 000 Stimmen für die Mehrheits-Sozialisten, 104 000 für die Unabhängigen und 100 000 Stimmen für die nicht sozialdemokratischen Parteien abgegeben wurden.

Wahlergebnisse aus dem Kreise.

33. Wahlkreis, Baden: Deutschnationale Volkspartei 78 888 Stimmen, ein Sitz, Zentrum 388 644 Stimmen, fünf Sitze, Demokratische Partei 226 811 Stimmen, drei Sitze, Sozialdemokraten 362 048 Stimmen, fünf Sitze.

35. Wahlkreis, Mecklenburg und Vened: Die verbundenen Listen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei und Bauernbund zusammen 61 000, Demokraten 118 000, Sozialisten 175 000 St. Es entfallen auf Deutschnationale ein, auf Demokraten zwei, auf Sozialisten drei Sitze.

Wahlkreis Württemberg-Hohenzollern: Deutsche Friedenspartei 3504, Württembergisch-hohenzollerische Zentrumspartei 303 050, 4 Sitze, württembergische Bürgerpartei und württembergische Bauern- und Weingärtnerbund 182 511, 2 Sitze, Demokraten 333 010, 4 Sitze, Sozialisten 470 316, 7 Sitze, Unabhängige 86 418, ohne Sitze, Wahlberechtigt 1 500 900, abgestimmt haben 1 331 495, gültige Stimmen 1 327 814.

Zurück zur Arbeit!

a. Wenn jemals der Vergleich mit einem Schwerverkranken, mit einem Sterbenden am Plage war, dann eignet er sich jetzt auf unser Wirtschaftsleben. Man sieht es förmlich langsam absterben und ist sich nicht klar darüber, was werden soll, wenn es sich nicht mehr erholt. Das Alibi-Mittel aber heißt Arbeit, produktive Arbeit, Arbeitspflicht! Jeder weiß es und doch kommt es nicht zur Anwendung. Warum?

Die „Frankfurter Zeitung“ verrät einen Teil: Unsere Arbeiter sind der Ansicht, sie müßten jetzt Revolutionsgewinnler werden. Ein Wort, das einen schweren Vorwurf, aber auch unbedingt einen Kern Wahrheit enthält! Wir brauchen nur die augenblicklichen Verhältnisse in Berlin wie im Reich genauer anzusehen. Auf der einen Seite die Arbeiter, die trotz aller Demonstrationen ruhig weiterarbeiten, weil sie gut verdienen. Das sind nicht die schlechtesten Elemente der Arbeiterschaft!

Auf der anderen Seite die Arbeitslosen: Sie arbeiten nicht, zehren von der Arbeitslosenunterstützung, schimpfen auf die derzeitigen Verhältnisse, beteiligen sich an Demonstrationen und suchen am allermeisten Arbeit, obwohl genügend Arbeitsgelegenheit vorhanden ist für Leute, die arbeiten wollen.

Die dritte Kategorie ist eine Mittelklasse von Leuten, die sich aus innerer Überzeugung oder, wie jener Arbeiter aus Spandau, der nicht wußte, warum er 10 Mark bekommt, wenn er sich den Umzügen in Berlin anschließt, deshalb zum Demonstrieren auf die Straße begeben, weil der arbeitsfreie Tag doch amüsant so viel einbringt, wie ein bezahlter Arbeitstag. Hauptfrage ist doch, daß durch die Demonstrationen etwas erreicht wird, der Kapitalismus bekämpft, der Sozialismus mit seinen goldenen Zukunftsbildern näher gerückt wird. Dann verdient auch der Einzelne noch mehr, es gibt weniger Arbeitszeit und mehr Freizeit, das Leben zu genießen.

Das ungefähr ist die Rechnung der Arbeiterschaft, die vor dem Krieg unter viel schlechteren Verhältnissen und im Krieg noch unendlich viel mehr geleistet hat.

Die politischen Probleme sind nicht allein die Veranlassung zu diesen Erscheinungen. Schuld hat einzig und allein eine ebenso schädliche, wie gewissenlose Sekse von unverantwortlichen Straßenpolitikern, die für ihre Zwecke nicht eine deutsche Pflicht- und selbstbewusste Arbeiterschaft, sondern nur Großstadtschmeißel und kritiklose und verblendete Anhänger gebrauchen, also eine Masse, in der die Unzufriedenheit künstlich großgezogen worden ist.

Wie sieht es auf der Unternehmenseite aus? Hier herrscht die Erkenntnis vor, daß nur erhöhte Produktion uns über die schweren Zeiten hinwegbringen kann. Doch dem Wunsche des Unternehmers steht so manches entgegen, was Entschlußkraft und Tätigkeitsdrang lähmt. Heißt es doch, den Kriegsbetrieb in den Friedensbetrieb überzuführen, fehlen doch Roh- und Betriebsstoffe, und werden doch schließlich die ersehnten Aufträge nur zögernd erteilt, da die in tiefes Dunkel gehüllte wirtschaftliche Zukunft so gar keinen Anreiz bietet, ein größeres Risiko auf sich zu nehmen. Alles das entzieht den Unternehmern einen Teil der notwendigen Ruhe, der Arbeitsfreudigkeit, der Sicherheit, die sie auch im Kriege nicht verlassen hat.

Aber das Unternehmertum darf sich nicht beugen lassen durch diese widrigen Umstände. Wenn es unter dem Druck der Kriegsverhältnisse ging, warum soll es jetzt nicht auch gehen? Freilich, leicht wird es nicht, weil wir an gewissen Dingen über große Knappheit haben. Aber wir haben noch reiche Bodenschätze; aus den Heeresvorräten werden eine Menge Rohstoffe und Halb- und Fertigsfabrikate frei, die billig zum Verkauf kommen. Bei gutem Willen läßt sich unser Wirtschaftskreis wieder in Gang bringen. Man darf nur nicht zusehen, bis durch die hohen Löhne die Kapitalreserven aufgebraucht sind, und warten, wie die Zukunft werden wird; sondern man muß sich sein Gesicht selbst formen; es wird harte Züge bekommen, aber vielleicht wird es doch nicht ganz so unfreundlich, wie es sich jetzt mancher vorstellt. Man soll nicht auf Staats- und Gemeindefondsarbeiten warten, sondern sich selbst nach Aufträgen umsehen. Der Betrieb darf nicht nur am Gängelbände weitergehen, er muß vielmehr gekräftigt und erweitert werden. Nicht allein des Betriebes wegen, sondern des großen Ganzen wegen, daß das Reich wieder auf die Beine, daß unsere Wirtschaft wieder in die Höhe kommt.

Der Arbeiter muß und wird einsehen, warum und wofür gearbeitet wird, daß sein Platz wieder in der Werkstätte ist und nicht mehr bei den Demonstrationen. Dann kehrt die Arbeitslust und das Bewußtsein der Arbeitspflicht wieder, dann gibt es keine Halbheiten mehr und keinen Boden für politische und unpolitische Sezereien! Im Gegenteil: Allen Beteiligten wird es klar werden, was das Unfruchtbare dieser Tage war.

Eine deutsche Note zur Polenfrage an England.

Berlin, 19. Januar. W.B. teilt mit:

Die Englische Regierung hat am 8. d. Mts. der Deutschen Regierung eine Note überreichen lassen, worin sie die Deutsche Regierung auffordert, künftig jede Herausforderung der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien zu unterlassen. Sie weist darauf hin, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenze von den Entscheidungen der Friedenskonferenz abhängen werde, und daß die Mächte bei Beurteilung der Frage notwendigerweise beinflusst würden durch die Fähigkeit oder Unfähigkeit der Deutschen, Gebiete mit gemischter polnischer Bevölkerung zu verwalten.

Die deutsche Regierung hat darauf mit folgender Note geantwortet:

Die deutsche Regierung ist mit der englischen Regierung darin einig, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenzen von den Beschlüssen der kommenden Friedenskonferenz abhängt. Staatssekretär Dr. Solf hat bereits am 24. Oktober 1918 im Reichstage erklärt, daß sie das Programm des Präsidenten der Vereinigten Staaten offen und ehrlich angenommen hat. Dieses Programm begründet einen Frieden des Rechts und der Versöhnung und will nicht neue Gegensätze und Kriege entstehen lassen.

In dieser Auffassung hält die deutsche Regierung fest, sie befindet sich damit in Übereinstimmung mit den Alliierten, wie dies in der Note des Staatssekretärs Lausung und dem Memorandum der Alliierten vom 5. November 1918 zum Ausdruck gekommen ist. Sie muß daher mit aller Entschiedenheit die Auffassung zurückweisen, daß die Regelung der gemischtsprachlichen Bezirke an der deutschen Ostgrenze irgendwie im Gegensatz zu dem vereinbarten Friedensprogramm erfolgen kann.

Die deutsche Regierung ist aber in hohem Grade bestrebt, daß von ihr gefordert wird, sie solle „alle Provokationen der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien“ unterlassen. Sie kann diese Auffassung der britischen Regierung nur darauf zurückführen, daß die Alliierten über die Vorgänge an der Ostgrenze Deutschlands nicht unterrichtet sind; denn seit der Annahme der Wilsonschen Grundsätze durch die deutsche Regierung hat sich eine Provokation der Polen an die andere gereiht.

Im Gegensatz zur Annahme der englischen Regierung hat die deutsche Regierung alles getan, um die von den Polen früher vorgebrachten Klagen abzustellen.

Trotzdem sind die Polen planmäßig damit beschäftigt, einen Staat im Staate zu errichten. Gleich nach Abschluß des Waffenstillstandes entsandten sie in der Provinz Posen eine rege Agitation zur Schaffung eines polnischen Truppenkörpers in der polnischen Presse. Es erging eine Aufforderung an alle entlassenen Mannschaften, sich sofort bei bestimmten Truppenteilen zu melden. Da die polnischen Soldaten dieser Aufforderung fast reißlos nachkamen, gelang es den polnischen Führern, eine zuverlässige Truppe in die Hand zu bekommen. Die aus den polnischen Provinzen gebürtigen deutschen Mannschaften, die zur Entlassung kamen, begaben sich im Gegensatz hierzu sofort nach Hause. Herr Korfanty hat bei Verhandlungen in Bromberg, die mit Kommissionen der preussischen Regierung Anfang dieses Monats stattfanden, für den Zweck dieser Maßnahmen befragt, erklärt, die Polen dächten nicht daran, diese Wehrmacht aufzulösen, sondern sie versuchten, sie nach Möglichkeit zu verstärken, da sie nach Friedensschluß gezwungen sein würden, die durch den Konferenzbeschluss ihnen zugewiesenen Gebiete gewaltlos zu erobern. Deutschland werde sie nicht freiwillig hergeben. Nach den schon angeführten deutschen Regierungserklärungen ist diese Behauptung geradezu lächerlich.

Den Polen ist es gelungen, die deutschen Garnisonen in der Provinz Posen zu polonisieren. Der englischen Regierung selbst ist bekannt, wie das auf ihr Ersuchen von der deutschen Regierung gewährte freie Geleit an den englischen General Wade und seine polnischen Begleiter Herrn Federewski und Frau von den letzteren in schmählicher Weise mißbraucht wurde, indem diese Delegation gegen alle Verabredungen nach Posen fuhr, um dort das Zeichen zum Kampfe der polnischen Bevölkerung der deutschen Gebiete gegen die Deutschen zu erheben.

Am Tage nach der Ankunft Federewskis fiel die Festung Posen in polnische Hand. Sofort schlossen sich die polnischen Kreise des Regierungsbezirks Posen den Polen an. Von hier aus wurde die Agitation in dem zur Hälfte deutschen Regierungsbezirk Bromberg und die westlichen deutschen Kreise des Regierungsbezirks Posen herübergetragen. Aus dem militärisch-strategischen Vorgehen auf die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte muß auf die Planmäßigkeit der Bewegung geschlossen werden. Durch nationale Vegetiertheit allein ist sie nicht zu erklären. Die Polen haben offenbar nicht das Vertrauen zur Friedenskonferenz, daß allen ihren Wünschen entsprochen wird. Es wird zuverlässig berichtet, Herr Federewski habe in Posen mitgeteilt, die Polen könnten nicht damit rechnen, die Gebiete, in dem Umfang, in dem sie sie beanspruchen, zu erhalten. Dies ist der Grund dafür, daß in weiten Kreisen der Provinz Posen die deutsche Bevölkerung durch Terrorisierung zur Flucht veranlaßt wird. Wehrfähige deutsche Männer wurden interniert. In Posen darf die deutsche Bevölkerung nach 5 Uhr die Straße nicht mehr betreten. In der Zuteilung von Lebensmitteln werden die Deutschen den Polen gegenüber planmäßig benachteiligt. Für die Deutschen ist die Briefzensur eingeführt. Der Oberpräsident wurde seines Postens entzogen und Herr Trampzinski ohne Zustimmung der preussischen Behörden in das Amt eingesetzt. Der Kommandierende General in Posen wurde verhaftet, mehrfach Landräte verhaftet und ihres Amtes entsetzt. Auf zahlreichen Bahnhaltungen wurde der Abtransport von Lokomotiven und Eisenbahnwagen verhindert, die dazu bestimmt waren, gemäß den Waffenstillstandsbedingungen abgeliefert zu werden. Herr Korfanty hat diese Maßnahmen den Vertretern der preussischen Eisenbahnerverwaltung gegenüber damit begründet, daß das Material zum Reize der polnischen Bahn gehöre. Er werde bei der Waffenstillstands-Kommission erwirken, daß diese Lokomotiven und Wagen auf die Zahl der von Deutschland abzuliefernden angerechnet werden. Die deutsche Regierung sieht einer baldigen bestätigenden Aufklärung über die Richtigkeit dieser Behauptung des Herrn Korfanty entgegen.

Das Vorgehen der Polen gegen die Bahnen im Regierungsbezirk Bromberg gefährdet nicht nur den Transport von Lebensmitteln nach Berlin, sondern auch den Rücktransport der deutschen Truppen aus den besetzten russischen Gebieten.

Die Provinz Posen befindet sich zurzeit in einem Zustande des nationalen Aufstrebens. Die deutsche Bevölkerung richtet dauernd Hilfe...

Die Vorgänge in Oberschlesien haben mit nationalen Fragen nichts gemein. Hier herrscht auch in den gemischtsprachlichen Gebieten...

In Dyrpenen kann man von einer nationalen polnischen Bewegung überhaupt nicht sprechen. Auch von den Masuren, die von den Polen zu den Indern gerechnet werden...

Auch die Warschauer Regierung hat zur Aufstachelung der nationalen Bewegung in den preussischen Ostprovinzen beigetragen. Sie hat es sogar unternommen, die Wahl zur polnischen Konstituante in den genannten Provinzen anzuordnen...

Alle Maßnahmen der deutschen Regierung seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens dienen nur der fröngemäßen Durchführung dieses Abkommens und der Abwehr unberechtigter polnischer Ansprüche...

gez. Brodorski-Kanyan.

Rundschau.

Abänderungen der Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 18. Januar. Wie die „B. Z.“ am Mittag erzählt, wurden bei den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission in Trier außerordentlich wichtige Abänderungen der ursprünglichen Bedingungen der Entente erreicht...

In den Verhandlungen über diese Frage erklärte Staatssekretär Erzberger, daß er in keiner Weise deren Tragweite und ihre Folgen übersehen könne. Auch keine Behörde sei imstande, bis zum nächsten Tage, wie es doch verlangt hatte, eine authentische und erschöpfende Uebersicht über den Bestand von landwirtschaftlichen Maschinen und über die Möglichkeiten, solche noch in Deutschland zu produzieren, zu geben.

Von Trier aus sind bereits die zuständigen Reichsbehörden und die interessierten Kreise der Industrie von unseren Unterhändlern zu Sitzungen über die Frage der Ablieferung landwirtschaftlicher Maschinen eingeladen worden. Bereits heute werden Vertreter der beteiligten Ressorts in einer Sitzung und Vertreter der beteiligten Industrie in einer getrennten Sitzung über die Frage unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Erzberger beraten.

Berlin, 18. Januar. Ueber die Notwendigkeit der Waffenstillstandsverhandlungen machte Staatssekretär Erzberger die „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ folgende Mitteilung: Was hätte der Nichtabschluß der Verlängerung der Waffenstillstandsbedingungen bedeutet? Die Wiederaufnahme von Kriegshandlungen. Der tatsächliche rechtliche Zustand des linksrheinischen Gebietes wäre auch auf das rechte Ufer ausgedehnt worden. Auch das ganze rechtsrheinische Kohlengebiet wäre in die Hände der Entente gekommen...

Sein Erbe.

Roman aus dem russischen Leben. Von ERNST SCHILL. (E. Keller.) (Nachdruck verboten.)

(73. Fortsetzung.)

Er schilderte ganz genau und ausführlich und malte dann jene Verhandlung selbst noch bis ins kleinste aus, so daß es Venzas zumut war, als käme sie noch einmal in die ganze Aufregung von damals hinein.

Als sie endlich den Brief beendet auf die Kommode flatters ließ, sank sie selbst tief erschüttert auf der Mutter Seite. Jetzt war sie die Schuldige!

Jetzt war sie es, die auf bloßen Schein hin vornehm geurteilt und sich vielleicht an Alfred schwer versündigt hatte. Und sie barg ihr Antlitz in die Kissen.

Aber an Ende war er doch nicht so unschuldig? Und sie fuhr empör, als wäre das eine Rettung, eine Wiederherstellung ihres stolzen Unglücks, ihrer wehmütigen Sicherheit all die schweren einsamen Monate hindurch.

Kramphast griffen die fetten weichen Finger nach den Blättern des Briefes und wieder las sie die wichtigsten Stellen mit angepannter Aufmerksamkeit.

Alfred unschuldig, dann ist sie kränzlich, gottlos, leichtsinnig — kann er die ganze Beleidigung wirklich vergeben und vergessen? Oder aber der Brief lügt, und dann ist die alte kalte Hoffnungslosigkeit wieder da mit dem bleiernem Horchton eines ewigen Herbsies.

Ach, lieber selbst schuld sein, lieber auf den Knien um Vergebung bitten müssen, nur daß er wirklich treu sei! Freilich, das wünschte ihr Herz mit aller Kraft.

Sie kam nicht recht zur Ruhe und Klarheit, soviel sie darüber reden und weinen mochte.

Endlich beschloß sie, die vier Briefe bei sich zu behalten und sie bei nächster Gelegenheit dem Vater zu lesen zu geben. Er hatte damals auch gegen Alfred gekündigt, wenn dieser unschuldig war — er sollte nun in den Stand gesetzt sein, ganz klar zu sehen.

Wohin hielt die Mutter damit zurück? Für sie selbst gab es keinen Grund mehr. Sie wollte selbst Gewißheit haben, und der Vater hatte damals gedacht, wie sie. Jetzt sollte es zur Klarheit kommen durch diese Briefe.

Spät abends — es dunkelte schon stark — kamen die Eltern aus Italia zurück. Unter dem Erzählen der Ereignisse geistaltete sich der Abend wieder einmal gemühtlicher als sonst.

für den Tag. Der Gelbwert wäre nur der zehnte Teil der ursprünglich geforderten 500 Lokomotiven und 1000 Waggons. Ferner war zugesichert worden, daß von den feinerzeit beschlagnahmten Waggons nur diejenigen zurückgegeben werden müßten, über die wir noch verfügen können, d. h. nicht solche, die wir in die Gebiete des Ostens transportiert haben, in solche Gebiete, die wir jetzt nicht mehr beherrschen. Schließlich hat sich auf die scharfe Auffassung des französischen Finanzkontrolleurs hinsichtlich der Kontrolle aller deutschen Werte mit der Bemerkung verzichtet, daß sei nicht Gegenstand der Waffenstillstandsverhandlungen. Auch das bedeutet eine Erleichterung.

Folgen der Lokomotivabgaben.

Berlin, 19. Januar. In den Bezirken Danzig und Königsberg sind in den letzten Tagen schwere Störungen im Eisenbahnbetrieb infolge des immer stärker werdenden Lokomotivmangels eingetreten. Die von der Ostfront und insbesondere aus der Ukraine zur Demobilisierung heimkehrenden Truppenteile können daher nicht, wie geplant, weiter geführt werden. Unter den schwierigsten Verhältnissen für die Truppen wie für die Bahn mußten die Züge entladen oder abgestellt werden, zum größten Teil auf Bahnhöfen des besetzten Gebietes, also noch ehe der heimatische Boden erreicht war.

Nicht einmal der Seeweg ab Königsberg kann verwendet werden, um die Truppen nach dem Westen in ihre Heimatorte zu bringen. Trotz vielfacher Eruchens hat es der Entente bis heute nicht gefallen, den Küstenverkehr zuzulassen, der in der Bewältigung des Gesamtverkehrs Deutschlands stets eine große Rolle gespielt hat.

Aus der durch die Presse mitgeteilten Absicht, daß amerikanische Truppen zum Schutz gegen die bolschewistische Gefahr im Osten herangezogen werden sollen, wird unter diesen Umständen wohl schwerlich etwas werden. Die daraus entstehenden Transportleistungen würden neue Schwierigkeiten bringen und schließlich noch die dringende Lebensmittel- und Kohlenversorgung in Frage stellen, wenn die Entente nicht schleunigst Lokomotiven zur Verfügung stellt, um diese Transporte durchzuführen. Schon heute ist auch in den westlichen Bezirken der Lokomotivmangel so groß, daß Kohlenzüge, die im Bezirk Hannover stehen und in Berlin dringend benötigt sind, nicht nach Berlin herangebracht werden können.

Wie soll das weiter gehen? Denn wie bekannt, sind wir noch nicht am Ende der Abgaben angelangt!

Die Nationalversammlung nicht in Berlin?

Berlin, 19. Januar. Wie der „Tag“ wissen will, soll die Regierung sich endgültig entschlossen haben, die verfassunggebende Nationalversammlung an einem Ort Mitteldeutschlands tagen zu lassen. Es wird abzuwarten sein, ob diese Meldung wirklich zutreffend ist. Sie würde vor allem bedeuten, daß die sozialdemokratische Regierung sich nicht fähig fühlt, die Arbeit der Nationalversammlung in der größten deutschen Arbeiterstadt sicherzustellen. Im übrigen würde ein solcher Schritt der Regierung, wie wir schon neulich sagten, die Frage dringend nahelegen, ob Berlin überhaupt die politische Zentrale des Deutschen Reiches bleiben kann.

Schärfstes Vorgehen gegen die russischen Antisowjetler.

Berlin, 18. Januar. Die Reichsregierung hat wegen der Unterstützung des Spartakus-Aufstubs durch die russischen Bolschewiken folgenden Protest an die russische Regierung senden lassen:

Bei Unterdrückung der antirührerischen Bewegung, die hier für die Unterdrückung einer terroristischen Gruppe zwecks politischer und tatsächlicher Vergewaltigung des deutschen Volkes unternommen worden ist, sind unwiderlegliche Beweise dafür zutage getreten, daß diese Bewegung mit russischen offiziellen Mitteln und von russischen Organen unterstützt worden ist und daß russische Persönlichkeiten an ihr teilgenommen haben. Die deutsche Regierung legt gegen diese unzulässige verkehrte Einwirkung in die inneren Verhältnisse Deutschlands strenge Verwahrung ein. Sie sieht zunächst davon ab, aus diesem Grunde allen russischen Staatsangehörigen, die sich bisher frei in Deutschland aufhalten konnten, das gewährte Gastrecht zu entziehen, wozu sie an sich berechtigt wäre. Sie will jedoch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß gegen alle Russen, die sich einer Unterstützung der antirührerischen Bewegung schuldig gemacht oder noch in diesem Sinne tätig waren, auf das schärfste vorgegangen werden wird.

gez. Ebert. gen. Scheidemann.

Die westlichen Truppen abbestärkt.

Berlin, 18. Januar. Wie wir von zukünftiger Seite erfahren, melde die Oberste Heeresleitung: Die letzten Teile der aus dem Westen noch abzubehebenden Divisionen sind mit dem heutigen Tage abgerollt. Es bleiben nur noch Einzelformationen abzutransportieren. Aus dem Osten werden rückwärtige Bewegungen der Sowjet-Truppen von Mittau und Talsinn auf Alga gemeldet. Ein Zusammenhang mit dem angebliebenen Vorgehen der estnischen und finnischen Truppen von Dorpat nach Süden ist nicht ausgeschlossen.

Das Vorgehen der Russen auf Kowno erfolgt offensichtlich in zwei Kolonnen; eine von Nordosten über Wilkomir, die andere von Wilna über Landmarowo-Desle. Nach Aufstellungen zurückkehrender österreichischer Offiziere beabsichtigen die Russen nur bis zur deutschen Grenze vorzuziehen.

Berlin, 18. Januar. Ueber die Details der letzten Armee wird uns aus dem Felde berichtet: Nunmehr sind sämtliche Verbände, die bei Beginn der großen Umnäherung am 8. November 1918 in der Dnjeprgegend die Armee bildeten, in die Heimat zurückgeführt. Die Entfernung von etwa 600 Kilometern bis zur deutschen Grenze durch winterlichen Wald und Schneedecke ist gefolgt von russischen Truppen und durch eine vielfach feindlich gesinnte Bevölkerung, teils im Fußmarsch, teils mit Bahntransport ohne jeden nennenswerten Verlust an Menschen und Material, in voller Ordnung, abgesehen von wenig schmerzhaften Ausnahmen, zurückgelegt worden.

In ihrer Stelle sind Neubildungen aus Freiwilligen geschaffen worden, die zwar in Eile aufgestellt werden mußten, sich aber doch schon zu fektigen beginnen. Diese erfüllen jetzt die Aufgabe der schon in einer Front vor der deutschen Ostgrenze den Rücktransport der Truppen aus der Ukraine und gleichzeitig Durecken vor den nachdrängenden Sorden des Ostens zu schützen.

Joch will die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen beläz...

Berlin, 18. Januar. Schon im Walde vom Compienne bei den Verhandlungen im November vorigen Jahres waren zwei Fragen der Gegenstand eingehender Erörterungen: die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen und das Verhältnis zwischen dem links- und rechtsrheinischen Gebiete. Seither haben wiederholte weitere Besprechungen über diese zwei Gegenstände stattgefunden. Unsere Unterhändler haben sich um ein Entgegenkommen der Entente insofern bemüht, als versucht wurde, die Rückgabe von Kriegsgefangenen möglichst nicht erst wie im Walde von Compienne abgemacht worden war, durch den Abschluß des Brämlingsfriedens regeln zu lassen, sondern bereits vor, wenigstens den Beginn der Rückgabe zu erzielen. Die kürzlich gemeldete Bereitwilligkeit Englands, die Schwerverwundeten und kranken Kriegsgefangenen auszuliefern, war ein kleines Anfangsergebnis. Rungen mehr ist für unsere Kriegsgefangenen wie auch für den Verkehr zwischen dem links- und rechtsrheinischen Gebiete ein gewisser Abschluß erreicht durch einen in Trier stattgefundenen Briefwechsel zwischen dem Staatssekretär Erzberger und Marschall Foch. Auf die Vorstellungen des Staatssekretärs Erzberger antwortete Marschall Foch mit folgendem Brief:

Der Staatssekretär, ich begreife, von welchem Interesse die Rückbesorgung der gegenwärtig in den Händen der allierten Regierungen sich befindenden Gefangenen für Deutschland ist. Ich beabsichtige, Ihre Bitte, die hauptsächlich auf die rasche Rückbesorgung der die meiste Teilnahme einfließenden Kategorien hinzielt, diesen Regierungen zu übermitteln und bei ihnen zu befrachten. Was die Beziehungen zwischen den besetzten und unbefetzten Gebieten betrifft, so werde ich bereit, den Warenaustrich in dem ganzen mit der Sicherheit der Armeen zu vereinbarenden Maße zu gewähren, um dadurch Arbeitslosigkeit und die sich daraus ergebenden Unruhen zu vermeiden.

Empfangen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Die Ausweisung der Deutschen.

Berlin, 18. Januar. Zur Ausweisung der in Belgien lebenden Deutschen und Oesterreicher melde die „Times“ noch, daß Ausnahmen für diejenigen zugestanden werden können, die orientalische Beweise der Loyalität gegenüber Belgien gegeben haben. Die zur Ausweisung sollen die Deutschen und Oesterreicher verhalten und eingekerkert werden und zwar zunächst diejenigen, die vorübergehend in der deutschen Armee gedient oder der deutschen politischen Polizei irgendwelche Unterstützung gewährt haben. Die Polizei hat den Luxemburger Bibbich verhaftet, der während der Besetzungszett im Dienst Deutschlands gedient hat. Er ist mit einem von Staatssekretär Erzberger unterzeichneten Paß nach Belgien zurückgeführt, um von den Deutschen in Belgien gefasene Waggons mit wichtigen Archiven zu suchen und nach Deutschland zurückzuschaffen. Die ausgefasenen Dokumente enthalten unter anderem einen Plan des Grafen Hertling, Planden und Wallonen in den deutschen Völkern aufzunehmen und Schriftstücke der Finanzabteilung, in denen aufgezeichnet ist, was die Deutschen mit dem belgischen Gold angefangen haben. Der Minister hat beschloß, die Nachricht Foch zu übermitteln, um einem Mißverständnis zu vermeiden, daß die belgischen Behörden die Deutschen mit der Ausweisung der Deutschen in Belgien betreiben wird.

Basel, 18. Januar. Die britische Regierung beschloß, den „Matin“ zufolge, während ungefähr sechs Monaten eine Infanteriedivision am Rhein zurückzulassen, die mit den übrigen Werten zusammenzuwirken werde. Die Armer soll nicht groß sein, jedoch aus ausgewählten Mannschaften bestehen, die höchsten Sold erhalten.

Eine sozialdemokratische Pogrombege.

Berlin, 18. Januar. Nicht nur die Unabhängigen und Spartakisten, auch weite Kreise der Mehrheitssozialisten benutzen das Untommen der Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht dazu, zu einem Pogrom aufzufordern. Anders kann es nicht verstanden werden, wenn nicht nur etwa von Herrn Eisner, sondern auch von einem Aue (!) darauf hingewiesen wird, daß Liebknecht sei, während Lubendorff, Tirdy und andere noch leben. Auer und Eisner und alle ihre Mitgenossen wissen ganz genau, daß die Männer in keiner Weise irgendeine Schuld trifft. Ihre Ausfahrungen sind deshalb eine Hebe zum Pogrom, wie sie von Leuten einer bundesstaatlichen Regierung nicht schlimmer gedacht werden kann.

Bunt gemischt sei die Gesellschaft gewesen, Russen, Juden, Polen, Deutsche, Franzosen, Griechen — und fast ebenso verschieden seien die einzelnen Bildungsgrade und Anschauungen der Leute gewesen.

„Es war wie ein geistiger Maschenball! Der eine trug seine regierungsfremdliche Wäste mit ebenso viel Geschick, als keine Antipode, der polnische Arzt, haarsträubende Argumente gegen ihn ins Feld zu stellen mußte.“

Und war man hier einer bizarren Meinung wilde, dort winkte einem etwas total Besidehens.“

Eine Mutterkarte von Gesprächsstoffen, ein buntes Durcheinander von gescheitern oder blödsinnigem Unsinn!

Diese alte französische Dame mit dem merkwürdigen Amorvpeil aus Schildpatt mit goldenem Netz im Haar war gewiß eine ausgeübte Hofdamenweltlerin aus Petersburg, wenigstens waren ihre Manieren akkurat so, wie ich es zu meiner Keunantszeit an der Newa gesehen, und solch erbärmliches schnarrendes Russisch sprachen, wie sie, manche solche reizende Dämchen damals zum Entzücken.“

„Aber, Papa, der Philosoph aus Italien war doch der Glanzpunkt!“ lachte Sonja.

„So einen Unsinn habe ich noch nie gehört; der Mensch soll ein Gerbenhater sein, und alles Böhere, was wir nicht sehen und hören können, soll eine Einbildung sein.“

„Nun, der lutherische Pastor hat ihm heimgeleuchtet“, warf die Mutter ein.

„Der lutherische Pastor? War einer da?“ fragte Venzas verwundert.

„Ja, er bediente getern vormittag die wenige dort wohnenden Lutheraner, und weil Ignatii Andrejewitsch ein Lutheraner ist, lud er auch ihn zu seinem Namenstag“, erklärte der Vater.

„Nicht nur deswegen, er ist auch ein gebildeter, netter Mensch“, sagte die Schwester, immer noch lächelnd.

„Wenn ich nicht gleich gehört hätte, daß er verheiratet sei, wer weiß, am Ende hätte ich mich in ihn verliebt!“

Da legte hü aber der lutherische Pastor ins Mittel und meine gemühtlich, mit dieser Anschauung gebe es wie mit dem Ausspruch jenes Arters. Die Kreier sind alle Vögner.

Ist der Ausspruch wahr, dann ist er selbst auch ein Vögner, dann aber kein kein Ausspruch nicht mehr wahr sein, daß die Kreier Vögner sind.

Ist das nicht wahr, so reden sie die Wahrheit, und so geht es fort in' Birkelschier.

Das bedeutet hier soviele, hat der Materialismus recht damit, daß das, was nicht Ausfluß oder Betätigung der Materie ist, ein Unsinn und Unding sei, so verurteilt er sich selbst.

Denn der Materialismus selbst ist keine Betätigung des Geistes, sonst müßte der gleiche Stoff diese Lehre bei allen hervorbringen, sondern eine philosophische Idee, eine Anschauung, eine Form von Gedanken und Urteil, etwas zur Materie hinzugeordnet. Hat er nicht recht mit seinem Satz, so ließt er sich in die Hände der Feinde, hat er recht, so leuchtet er sich selbst.“

„Das verteidige ich nicht recht“, antwortete Venzas nachdenklich. „Meint denn solch einer wirklich, unser Geist, unser Denken und Leben sei weiter nichts, als eine Arbeit oder Leistung des Körpers, innerhalb des Gehirns?“

„Nun ja doch!“

„Dann glaubt solch einer nicht an ein Leben nach dem Tode?“

„Er sagt, er glaube es nicht. Das ist in der Gesellschaft eine peinliche Sache.“

Man kann ihm doch nicht sagen: Ihr aber glauben nicht, daß du das nicht glaubst! Ich weiß nicht, je älter ich werde, desto mehr Religionsgespräche und Streit über Glauben und Unglauben kommt aufs Tapet, desto stärker werden die Meinungen, desto tiefer die Klut zwischen den Parteien! Was daraus nach werden soll! Unsere geistliche Gesellschaft gelaßt später terner am Brämling des Christentums, als römische Bildung und aristokratische Weltanschauung nicht mehr betriedigten.

Damals jagete es weniger, denn da kam ein neues großes Licht und füllte in wenigen Jahrhunderten die Leere aus.

Was soll heutzutage noch kommen? Was soll heutzutage noch diese Leere füllen?“

„Der Spiritismus, hat der Pastor getern bei einer ähnlichen Wendung gesagt“, warf Sonja ein.

„Irgend solche gottfeindliche geistige Mächte, die die Welt über annehmen wollen, als Böswisches.“

„Etwas glauben, sagte er, müssen alle Menschen; wollen sie nicht recht glauben an Gott, so kommen sie in den Bergglauben ein.“

(Fortsetzung folgt.)

a. Berlin, 20. Januar. Im Laufe des gestrigen Sonntag ist die Defension der Reichs Liebknecht vorgenommen worden. Wie wir hören, ergab der Vertheidiger, daß die tödlichen Schüsse von hinten abgegeben worden sind. Es wurde festgestellt, daß die Kugeln aus Armeepistolen stammten und nicht, wie zuerst angenommen wurde, aus Wehrenten. Mit der Feststellung, daß die Schüsse Liebknecht im Rücken und am Hinterkopf getroffen haben, steht sich in dieser Hinsicht die Aussage der Soldaten. Der Zeitpunkt der Verurteilung ist noch nicht festgelegt.

Verhaftung des Sekretärs Nadel.

a. Berlin, 20. Januar. Wie wir hören, ist am Sonntag der Sekretär Nadel, ein gewisser Guttman, verhaftet worden. Man fand bei ihm wichtiges Material über den letzten Spartakus-Aufstand.

Spartakistische Schreckensherrschaft.

Leipzig, 18. Januar. Am Sonnabend vormittag wurde während des Demonstrationenmarsches für Liebknecht und Rosa Luxemburg das Gebäude der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ von Spartakisten besetzt. Sie drückten dort zunächst Flugblätter, in denen sie die Diktatur des Proletariats, die Verhaftung des Klassenbewußten Proletariats, die sofortige Organisation der Arbeitermiliz und die sofortige Besetzung von Weisen forderten. Um in den Besitz von Waffen zu kommen, versuchte am Freitagabend eine große Menge, in die Artilleriekaserne einzudringen, wurde aber von den Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates noch im letzten Augenblick daran verhindert.

Düsseldorf, 18. Januar. Ein Bild von dem Zustande in Düsseldorf, wo Spartakus eine wahre Schreckensherrschaft angerichtet hat, möge nachfolgende Meldung ergeben:

Seit zwei Wochen etwa herrscht Spartakus in Düsseldorf. Die Unabhängigen sind, ohne daß es die breite Öffentlichkeit bemerkt hat, von den Kommunisten aus dem Arbeiterrat herausgedrängt worden oder haben sich ihnen angeschlossen. Im Ständehaus tagt ein Spartakistischer Volkskongress, gestützt auf Waffengewalt. Im Rathaus sitzt ein von Unabhängigen und Kommunisten gewählter „Derbötgermeister“. Eine Besetzung des Bahnhofes, die von den Kommunisten geplant war, haben die Eisenbahner durch entschlossenes Auftreten verhindert, ebenso mißlang der Versuch, das Fernsprech- und das Telegraphenamt zu besetzen, infolge des einmütigen Widerstandes der Beamtenschaft. Die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter fügten sich aber dem Zwange der Spartakisten und verhinderten so einen Zusammenbruch der Gewalt Herrschaft. Am Donnerstagabend wurde in einer Versammlung der Unabhängigen und Spartakisten nach einem vorhergehenden Vortrage der „Ruhr“ Volksheim (1) verlangt, man solle die bürgerlichen Zeitungen überhaupt schließen. Wegen Trauerumgebungen für Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde am 13. Januar die Schließung sämtlicher Schulen, Theater, Vereinigungsabteilungen und der Synagogen der Arbeiter angeordnet. Nach der Versammlung zogen Trupps durch die Stadt mit Pistolen gegen die Regierung und alle Mörder Liebknechts, zerrückten zum zweiten Male das Parteibureau der Zentrumspartei und anderer bürgerlicher Parteien und verhinderten das Erscheinen aller bisher nicht verbotenen Zeitungen. Für Sonntag haben die Unabhängigen und Kommunisten den übrigen Parteien die Sicherstellung der Wahlen zugesagt, mit dem Hinweis darauf, daß sie für die Taten Verantwortlicher nicht aufkommen. Damit die „Unverantwortlichen“ sich auf die richtige Tat besinnen, hat der Spartakusbund für Sonntag morgen in dem großen Saale der Stadt eine Versammlung einberufen mit dem Thema: Nieder mit den Nationalwahlen! Was darnach zu erwarten ist, kann man sich leicht vorstellen. Die Regierung aber tut nichts gegen diese spartakistische Gewalt.

Spartakus im Ruhrgebiet.

Essen, 18. Januar. Auf sämtlichen Bahnen, auf denen getreilt wurde, ist der Ausbruch beendet. Dagegen ist ein neuer Streik auf den Bahnen „Wesfalen“ und „Lobber“ ausgebrochen. Diese Betriebe, mit etwa 1500 Mann Belegschaft, sind von Spartakusleuten besetzt worden.

Die Lohnbewegung in Oberschlesien.

Kattowitz, 18. Januar. Gestern vormittag wurden die Verhandlungen über die obersteleische Lage unter dem Vorherrsche des Ministers des Innern Sirag wieder aufgenommen. Die Vertreter der Werke erklärten sich bereit, die Frage des 800-Mark-Gehaltens nochmals zu prüfen, machten aber nochmals darauf aufmerksam, daß in den letzten Monaten bereits eine Lohnsteigerung von 10 bis 15 Prozent und vor vier Wochen ein einmaliges Kriegsbedingungsangebot in bedeutender Höhe den Arbeitern gewährt wurde, während die Leistungen der Werke einen Rückgang von 40 Prozent erfuhr, so daß die Gewährungen des 800-Mark-Gehaltens, welches 150 Millionen Mark erfordern würde, praktisch unmöglich sei.

Es wurde ferner betont, daß die Werke sich stets mit den Gewerkschaftsvertretern geeinigt und die Forderungen bis an den Rand des Möglichen bewilligt haben. Von einer einheitlichen gewerkschaftlichen Bewegung kann nicht die Rede sein. Dafür achtet auch, daß die Gewerkschaftsvertreter ihr gegenüber machtlos sind.

Nach eingehender Beratung wurden die gemeinsamen Verhandlungen geschlossen und die Gewerkschaften traten erneut an einer Besprechung zu sammen, bei der sie übereinkamen, an ihrer abweichenden Stellung festzuhalten. Aber bei der Bedeutung, welche die Angelegenheit für die gesamte deutsche Industrie hat, der Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und gewerblichen Arbeitnehmer in Berlin Mitteilung zu machen. Dieser Beschluß ist dann von den Regierungsvertretern in Abwesenheit der Gewerkschaften den Arbeitern mitgeteilt worden. Sie waren davon, trotzdem die Regierungsvertreter beruhigend auf sie einzuwirken versuchten, wenig beindruckt. Die Regierungsvertreter entzogen sich, während die Arbeiter ihrerseits die Beratungen fortsetzten.

Beginn des Generalstreiks in Oberschlesien.

Kattowitz, 18. Januar. Nachdem die gestrigen Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern wegen der Unerfüllbarkeit der Forderungen gescheitert sind, sind heute folgende Gruben in den Ausstand getreten: Ferdinand-Nordau, Preußengrube, Heinrich-Grube, Dheim-Grube, Römer-Grube, Emma-Grube, Charlottengrube, Hohenzollerngrube, Boerscheide, Sülzgrube, Dubensko-Grube, Castellengrube, Trautschold-Grube, Prinzengrube, Heinrich-Glückgrube. In Ausstandsetzungen ist es bisher noch nicht gekommen, sie werden aber befürchtet.

Fortdauer der Wehrpflicht in England!

Die englischen Wahlen, die Lloyd George einen Sieg auf der ganzen Linie gebracht haben, sind vorüber, und nunmehr scheint das englische Volk darüber ruhig zu werden, daß kein einziger Führer der Koalitionsparteien, die den Erfolg davon getragen haben, während des Wahlkampfes irgend ein Wort darüber verloren hat, ob die in der Zeit der höchsten Not eingeführte allgemeine Wehrpflicht wieder aufgehoben werden wird, oder bestehen bleiben soll.

Zielmehr hat es der Munitionsminister Winston Churchill gelegentlich abgelehnt zu versprechen, daß die Wehrpflicht abgeändert werden würde. Das müßte davon abhängig gemacht werden, wie sich die Festlandsmächte in dieser Frage verhalten würden.

Da diese Forderung von einem Minister gefallen ist, kann man wohl annehmen, daß er damit die Ansicht des gesamten Kriegskabinetts ausgesprochen hat. Ob dieses an eine allgemeine Aufhebung der Wehrpflicht glaubt, dürfte danach mindestens zweifelhaft sein. Hiermit stellt es auch im Einklange, daß stets nur von der „Demobilisierung“, nirgends von einer „Entlassung“ der Mannschaften die Rede ist. Hervorragende Abgeordnete der Regierung sprechen nunmehr auch schon ganz offen ihre Ansicht dahin aus, daß die Wehrpflicht schon aus dem Grunde beibehalten werden müßte, weil sie sich während der schweren Dürren,

die in der Industrie unabweislich ausbrechen werden, sehr nützlich erweisen dürfte. Die Arbeiterpartei allein hat sich von vornherein auf das Aufheben der Wehrpflicht gleich nach der Demobilisierung festgelegt. Da sie aber weit davon entfernt ist, im Unterhause maßgebend ins Gewicht zu fallen, so wird die Regierung bei der neuen Zusammenkunft des Parlamentes unbedingt die Wehrpflicht bestehen lassen. Die allgemeine Unruhe in der Welt gibt ja den einflussreichen und besten Grund dafür ab.

Wie es kommen wird, ist klar. Den unterlegenen Mittelmächten wird die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht auf irgend eine Weise unmöglich gemacht werden. Die Entente wird nach wie vor bis an die Zähne und bis auf den letzten Mann gerüstet dastehen. Auch diesen Erfolg können wir der „völkerbefreienden Revolution“ auf Rechnung setzen.

Aus Stadt und Land.

A 6 8 Lin, den 20. Januar 1919.

Zum 21. Januar: Sonnenanfang 8,01. Sonnenuntergang 4,20. Mondanfang 10,53. Monduntergang 9,26.

— Von der Eisenbahn. Die Personenzüge Belgard ab 6,20 Uhr vormittags und Neustettin ab 6,05 Uhr nachmittags fallen vom 19. Januar ab täglich, die Personenzüge Neustettin ab 6,32 Uhr vormittags, Belgard ab 1,53 nachmittags verfallen aus. Der Personenzugverkehr wird verfallen zwischen Belgard und Neustettin durch die Güterzüge Neustettin ab 3,15 Uhr Belgard, an 10,49 Uhr vormittags, Belgard ab 7,56 Uhr nachmittags, Neustettin an 11,40 Uhr nachts aufrecht erhalten.

— Steuererklärungsabgabe. Mit dem 20. dieses Monats läuft die Frist für die Abgabe der Steuererklärung für 1918 ab. Wer ein Formular zur Steuererklärung für 1918 erhalten und bisher die Steuererklärung noch nicht abgegeben hat, fülle daher dasselbe umgehend aus und sende es an die Preussische-Kommmission ein. Wer die Steuererklärung nicht rechtzeitig abgibt, hat neben der für 1918 veranlagten Einkommensteuer einen Zuschlag von fünf Prozent zu gewärtigen.

— Witow. Eine Stilllegung des Gaswerkes in Aussicht. Das Gaswerk war bisher mit einem Kohlenvorrat eingedeckt, der den ungestörten Betrieb sicher stellte. Da unter den jetzigen Verhältnissen eine wesentliche Besserung für die nächsten Wochen nicht zu erwarten ist, muß damit gerechnet werden, daß in kürzerer Zeit das Gaswerk infolge Kohlemangels völlig stillgelegt wird. Auch die Wasserlieferung dürfte sich schwierig gestalten, zumal das Wasserwerk nur von Gasmotoren angetrieben wird.

— Stolz. Aus dem Stadiparlament. In der ersten Sitzung der Stadtverordneten in diesem Jahre nahm Oberbürgermeister Biele bezüglich der Verlesung eines Rundschreibens des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtens Veranlassung, auf die Angelegenheiten einzugehen, denen er in letzter Zeit von Seiten des Arbeiter- und Soldatenrates ausgesetzt gewesen ist. Er erklärte, daß er sein Amt niederlegen würde, wenn er nicht mehr das Vertrauen der Stadtverordneten habe. Die Verlesung sprach ihm hierüber ihr Vertrauen aus. — In Erledigung der Tagesordnung wurden sodann die Gebühren für die Müllabfuhr um 150 Prozent erhöht, eine Vorlage bezüglich Erhöhung der Gebühren für den elektrischen Strom wurde dagegen bis zur Vorlesung des neuen Haushaltsplans zurückgezogen. Das ausgegebene Notgeld soll eingezogen werden, es wurde beschloffen, nur neue 50-Pfennigscheine in den Verkehr zu geben. Die Verlesung bewilligte 25.000 Mark für Darlehen, die zunächst an die aus dem Felde zurückgekehrten Handwerker ausgeteilt werden sollen, die ihre Existenz verloren haben, und zwar sollen die Darlehen in erster Linie die Lieferanten der Handwerker, in zweiter Linie letztere selbst erhalten. Für den Abschluß eines Vertrages mit Gemüsegärtnern zwecks Versorgung der Stadt mit billigem Gemüse, bewilligte die Verlesung 26.500 Mark, darunter sind allein 14.000 Mark für Samen. Eine längere Ansprache veranlaßte die in der Stadt herrschende Wohnungsnot, zu deren Abhilfe Wohn- und Flügelbaracken als Behelfswohnungen genommen sind. Die Verlesung bewilligte einen höchstens hunderttausend Mark zur Deckung an dem Neubau eines von dem hiesigen Bauverein in Aussicht genommenen Wohnhauses. — Massenemonstration. Unter ungeheurer Beteiligung von Frauen, Männern und Soldaten durchzog am Freitag ein Demonstrationzug die Straßen der Stadt in dem die freien Gemeindefürsorge, der Reichsbund der Kriegesbeschädigten sowie die Hiesigen beider sozialdemokratischen Vereine vertreten waren. Rote und schwarz-rot-goldene Fahnen sowie Plakate mit verschiedenen Inhalt wurden im Zuge getragen, dem die Sinfare-Kapelle voranging. Auf dem Stephanplatz wurden von dem Vorsitzenden des Soldatenrates und einem anderen Redner Ansprachen gehalten, worauf sich der Zug auflöste und in Ruhe und Ordnung auseinanderzog.

— Luensburg. Einem flammenden Protest gegen polnische Annäherung hat der Kreisrat des Kreises im Einvernehmen mit dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat sowie aller politischen Vereinigungen und Parteien an die Reichsregierung, den Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und die Presse gerichtet, dessen Wortlaut im „Kreis-“ und „Lokal-Blatt“ veröffentlicht wird. Das genannte Blatt schreibt dazu: Immer schöner, liebess blaues Ländchen, das seit länger als einem Vierteljahrtausend mit Brandenburg-Preußen verbunden und mit so hoher Blüte gelangt ist, steht in Gefahr! Polnische Beuchtschheit streckt die Hände nach unserer Heimat aus. Da ist es Pflicht unserer Regierung, daß sie zum Schutz unserer deutschen gefährdeten Heimat und unseres deutschen Volkstums ungeeignet eine starke Truppenmacht aufstellt, welche die Polen in die Grenze ihres eigenen Landes zurückweist. — Das soll der Protest erwirken. Es ist hocherfreulich, daß sich auf der Höhe des Wahlkampfes alle das eine Band umschlingt, dahin zu streben, daß deutsches Land und deutsches Wesen uns erhalten bleibt.

— Gollnow. Stadtverordnetenversammlung. In der diesjährigen ersten Sitzung der Stadtverordneten wurde das Bureau durch Zuruf wiedergewählt. Nach Erledigung mehrerer Etatsachen wurde beschloffen, zum Wiederaufbau des Handwerks den Handwerker, deren Betrieb durch den Krieg gelitten haben, Darlehen ohne Bürgschaft bis 500 Mark, vom ersten Jahre unverzinsbar und darauf mit 3 Prozent zu gewähren; größere Darlehen bis 2000 Mark gegen Bürgschaft zu denselben Zinsbedingungen. Die Darlehen sind bis zu 5 Jahren unkündbar.

— Stettin. Vernunft in das Landesgewerbeamt. Der Minister für Handel und Gewerbe hat den Buchdruckerbesitzer und Zeitungsverleger Matkewitz als außerordentliches Mitglied in die Abteilung B des Landesgewerbeamtes berufen. In dieser Abteilung werden die das Handwerk, die Gewerbebeförderung und das Gewerkschaftswesen betreffenden Angelegenheiten bearbeitet.

Vermischtes.

— Raubüberfall auf eine Sparrasse in Berlin. Eine dreißigköpfige Raubbande drang gestern vormittag mit schußfertigen Waffen in die Zweigstelle der Städtischen Sparrasse in der Auguststraße 28 ein, bedrohte die beiden anwesenden Beamtinnen, raubte zwanzigtausend Mark und entkamen mit der Beute unbekannt. Ueber den dreifachen Raubüberfall wird des näheren berichtet: In der ersten Vormittagsstunde erschienen plötzlich drei feldgraue Soldaten in dem im Erdgeschoß belegenen Kassenraum der Zweigstelle der Städtischen Sparrasse und gaben an, mit der Besetzung der Kasse beauftragt zu sein. Die eine der beiden Beamtinnen verlangte daraufhin einen Ausweis, erhielt statt dessen aber zur Antwort, daß ihre Waffen ihre Legitimation seien, von denen sie auch sofort Gebrauch machen würden, wenn sich eine der Beamtinnen unterziehen würde, sie an ihrem Vorhaben zu hindern. Sie verlangten die Herausgabe der Kasse und setzten hinzu, daß sie ihnen den Hals umdrehen würden, wenn sie sich weigern sollten. Die Beamtin gab jedoch das Geld nicht freiwillig heraus. Jetzt schlugen sie die zu dem Kassenraum führende Glastür entzwei, öffneten die Tür von innen, schnitten die Telefonleitung entzwei, und während einer der Beamtinnen mit dem Revolver bedroht, raubten die anderen das vorhandene Geld, manzigttausend Mark. Mit der Beute verließen sie dann die Zweigstelle und schürten sich vor einer sofortigen Verfolgung noch dadurch, daß sie die Tür von außen abschlossen.

— Entwaffnung einer Kompanie durch unbewaffnete Polen. Infolge Verlegung des Ruimer Jägerbataillons sollte die Nacht-Verent vorläufig Garnison durch ein Infanterie-Bataillon erhalten. Nach dem Einrücken einer Kompanie des Bataillons wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat eine Versammlung einberufen. Diese Versammlung war größtenteils von polnischer Bevölkerung besucht, die heftig gegen die Verlegung mit Militär protestierte, mit dem Erfolge, daß das Militär nach Polberse ins Quartier kam. Kurz nach der Versammlung begab sich ein kleiner Teil der in der Versammlung anwesenden polnischen Bevölkerung an das Gocksteinheim, wo die Kompanie untergebracht worden war, und es geschah, wie der „Gefellne“ berichtet, das Unglaubliche, daß eine bewaffnete Kompanie sich von wenigen unbewaffneten Leuten entwaffnen ließ. Sämtliche Gewehre und die beiden Maschinengewehre wurden abgenommen. Die Gewehre sind dann später wieder zurückgegeben worden, immerhin fehlt noch eine beträchtliche Anzahl.

— Würdelose Weiber. Zuverlässige Nachrichten aus dem besetzten Gebiet berichten, daß sich die deutschen Frauen und Mädchen in Mainz und Köln, besonders aber in Aachen, der feindlichen Verlegung gegenüber zum Teil recht würdelos benehmen. Die Frauen, die vergessen haben, daß ihre Männer und Brüder noch bis vor kurzem mit den feindlichen Verlegungstruppen in blutigem Kampfe standen, sind sich ansehnend nicht bemüht, wie sehr sie durch ihr Betragen nicht nur sich selbst, sondern auch das ganze deutsche Volk dem Spott und Hohn der Mitwelt aussetzen. Es ist daher wohl angebracht diese entwürdigende Haltung einzelner deutscher Frauen vor aller Öffentlichkeit zu brandmarken und die deutschen Heerweverine aller politischen Parteien, sowie die Wehrkraft auf diese Schwach aufmerksamer zu machen, damit sie diesem Treiben Einhalt tun.

— Zur Bekämpfung der Läuseplage. Eine behelfsmäßige Kleiderentlausung wird erreicht durch Auskochen der Wäsche, heißes Plätten der Kleidung, besonders der Mäntel, durch Aufhängen der Kleidung in einem Badofen und Einwirken einer Wärme von mindestens 70 Grad Celsius auf die Dauer von 40 bis 60 Minuten. Die ganze Entlausung ist jedoch zwecklos, wenn nicht gleichzeitig gründliche Körperreinigung und dauernde Körperpflege, sowie Ueberwachung der Kleidung, fleißiges Wischen der Rufe und ihrer Rester und regelmäßiger Wäschewechsel vorgenommen wird. Geschlecht dies aber planmäßig zwei bis drei Wochen ununterbrochen, auch wenn man bereits in den ersten Tagen nichts mehr von Läusen verspürt, so kann man mit Sicherheit annehmen, daß man lausfrei ist, sonst nicht. Behandlung mit Arzeneien: Naphtol, Cresol, Sabadillesta und so weiter ist zur Bekämpfung der Kleiderläuse zwecklos. Niemand nehme das Auftreten von Läusen leicht, oder gar als ein Zeichen guter Gesundheit an, wie der Überflaute behauptet. Der Flecktyphus und andere feuchgenartha auftretende Krankheiten mit meist tödlichem Ausgang werden durch die Kleiderläuse nachweislich verbreitet.

Bücherschau.

— Hans Thoma als religiöser Maler. In dieser, durch den Ernst des Krieges zu einer Vertiefung des Innenlebens geführten Zeit regt sich das religiöse Gefühl in weitesten Kreisen, und religiöse Dichtung und Kunst begegnet einem besonders starken Interesse. So wird manchen der anziehende Aufsatz der bekannten Kunsthistorikerin Mela Escherich über Hans Thoma als religiöser Maler willkommen sein, den das achte Heft der Zeitschrift „Für Alle Welt“ (Deutsches Verlagshaus Bong und Co., Berlin) bringt und der durch seine stimmungsvollen Bildbeigaben das Auge des Lesers besonders erfreuen wird. Auch sonst bietet das Heft der „Guten Stunde“ viel Erfreuliches. Neben dem Roman „Der Mutterhof“ von Felicitas Knie, der mit Recht geschätzten und geliebten Dichterin der deutschen Deide, die in ihrem neuesten Romanroman eines der besten und packendsten Extranisse der Romanliteratur gibt, enthält das Heft die Fortsetzung des feststehenden Romans „Höhenflug“ von Theodor Wundt, dessen drastischer Humor so recht zur Aufhellung trüber Stimmungen geeignet ist. Unter den vortrefflich reproduzierten Illustrationen fällt besonders das Malerische Gemälde „Dante und Virgil in der Unterwelt“, sowie das Vöckersche „Verständigung“ auf. Auf gleicher Höhe wie Heft 8 stehen Heft 6 und 7 von „Für Guten Stunde“, Heft 7 in dem die eben besprochenen Romane gleichfalls laufen, bringt gemütvolle und ansprechende Erinnerungen aus dem alten Breslau von Erich Surtewant, der seinen Plaudereien stimmungsvolle Zeichnungen beigegeben hat, sowie einen mit Reproduktionen der besten deutschen Meister versehenen Aufsatz über den malerischen Reiz des Grottenalters von Josefine Graf-Lomiana. Heft 6 erfreut den Jagdliebhaber durch eine packende, vortrefflich illustrierte Skizze „Hirschbrunn im bawrischen Bergwald“ von Rudolf Wolff, sowie durch einen sehr anregenden Aufsatz „Unter der goldenen Kuppel“ von Paul Steinborn, der ein feines Stimmungsbild aus dem fest der Vergangenheit angehörenden Reichstag entwirft. Prachtvolle, zum Teil farbige Kunstblätter, unter denen der „Markt in Gornel“ und die „Weisen aus dem Morgenlande“ besondere Hervorhebung verdienen, bilden einen willkommenen Schmuck der Hefte.

Eingesandt.

„Mithbürger- und Bürgerinnen.“ Regierung und Rassenstillstandskommission haben mit allen Mitteln versucht, die bescheuhten Rückgabe der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen vom Gegner zu erwirken. Alle Anträge hat der Gegner abgelehnt! Nur eins kann heute noch fruchten. Ein Appell des deutschen Volkes an das Gewissen der Welt. Auf, ihr hunderttausende, die ihr um Vater und Gatten, um Bruder und Sohn Euch sorgt. Auf ihr Ausgetauschten, die ihr die Leiden der Gefangenschaft kennt! Auf deutsche Frauen! Auf alle Deutschen, die ein Herz haben für die zurückgehaltenen Brüder und Schwägern in Feindesland. Einigt Euch in der Forderung, die laut durch die Welt erschallen muß:

„Befreiung unserer Gefangenen!“ Für jeden von uns haben sie gekämpft, für jeden Blut und Freiheit eingesetzt. Darum darf keiner in der Heimat zurückbleiben. Helft uns, ihnen die Freiheit wiederzugeben, nach der sie sehnen. Unser Streben hat Erfolg, wenn es von Millionen Stimmen, wenn es von dem glühenden Willen eines ganzen Volkes getragen ist.

Aber: Bis der letzte Gefangene nicht den Seinen wiedergegeben ist, müssen wir für sie sorgen. Sie sollen wissen, daß die Heimat ihrer ärmsten Brüder gedenkt. Reiche haben sollen ihre Not lindern. Sie sollen wissen, daß auch der Krieg für sie zu Ende ist, daß sie keine Sklaven mehr sind. In Nord und Süd haben sich Vereinigungen von Angehörigen der Kriegs- und Zivilgefangenen gebildet. Schon sind sie eine Macht. Aber wir wollen mehr. Es muß dahin kommen, daß Millionen für eine großartige Hilfsaktion bereitstellen. Darum: „Reise Mithbürger- und Bürgerinnen wollen wir uns zu einer Arbeitsgruppe „Köln Stadt- und Kreis“ aufammenschließen und dem Reichsverband zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“ beitreten. Diese Zentralstelle ist gegründet und wartet auf unsere Mitarbeit. Also rühre dich, schwermütiges deutsches Volk! Es gilt ein großes Werk der Menschlichkeit und Gerechtigkeit!

Der Unterzeichnete ist bereit, Annahmungen und Beiträge entgegenzunehmen und an die Zentralstelle Berlin weiterzuleiten. R. Koesler, Rinkstraße 9, 1. Ausgetauschter Ostafrikaner.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Robert Böckl, für den Anzeigenenteil: Max Evans. Druck und Verlag der Fürstentümer Zeitung, A.-G. Sämtlich in Köln.

Flechten, Wunden, offene Füße, Krampfadern heilt logar in verzweifeltsten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende, schmerz- und juckreizlösende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 1,80 und 3,50 M.; erhältlich in Hofapotheke. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei

Tutogen-Laboratorium, Szilakhehen-Kominten. 212.

